


Eigenerklärungen

NAME UND ANSCHRIFT DES BIETERS 

 Feld ist ein Pflichtfeld

Vergabenummer: **HH-L-20-2024**

Erklärungen zu persönlichen Verhältnissen und Insolvenz

1. Die unterschreibende Person erklärt hiermit, der legitimierte Vertreter des bietenden Unternehmens ist und für das Unternehmen zu handeln.
2. Ich versichere, dass keiner der von §§ 30, 31 BGB erfassten Vertreter des Unternehmers während der letzten drei Jahre der Unternehmenszugehörigkeit wegen illegaler Beschäftigung (z.B. § 21 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit), § 21 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns, nach § 266a Abs. 1, 2 und 4 des Strafgesetzbuches oder nach vergleichbaren ausländischen Vorschriften zu einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen verurteilt oder mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 € belegt worden ist.
3. Ich versichere insbesondere, dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, gemäß der in § 123 Abs. 1 GWB genannten Bestimmungen rechtskräftig verurteilt wurde bzw. gegen das Unternehmen selbst keine entsprechende Geldbuße nach § 30 OWiG rechtskräftig festgesetzt worden ist.
4. Ich erkläre, dass von mir bzw. dem Unternehmen, für das ich handle, sämtlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung nachgekommen wurde und wird (§ 123 Abs. 4 S. 1 GWB).
5. Es liegen keine Ausschlussgründe im Sinne des § 124 Abs. 1 GWB vor, insbesondere sind mir keinerlei schwere Verfehlungen (z.B. im Hinblick auf Bestechung, Vorteilsgewährung, Unterschlagung, Untreue, Betrug oder

Urkundenfälschung) bekannt, welche die Zuverlässigkeit als Bewerber/Bieter in Frage stellen (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB). Weder wurde ein wirksames (§ 70 StGB), noch ein wirksames vorläufiges Berufsverbot (§ 132 StGB) ausgesprochen noch liegt eine wirksame Gewerbeuntersagung wegen Unzuverlässigkeit (§ 35 GewO) vor.

6. Hinsichtlich eingesetzter Unterauftragnehmer sind mir keine zwingenden oder fakultativen Ausschlussgründe gemäß der §§ 123, 124 GWB bekannt.
7. Insolvenzverfahren / Liquidation:
 - Über das Vermögen des Unternehmens ist kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB)
 - Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt und lege diesen unaufgefordert der Stiftung Händel-Haus vor.
8. Erklärung zu gewerblichen Schutzrechten gemäß den §§ 53 Abs. 8 VgV, 29 Abs. 6 VSVgV und 38 Abs. 11 UVgO
 - Für den Auftragsgegenstand bestehende gewerbliche Schutzrechte sind nicht bekannt.
 - Für den Auftragsgegenstand bestehende gewerbliche Schutzrechte sind beantragt oder werden erwogen. Angaben hierzu erfolgen in einem separaten Anschreiben, welches dem Angebot beigelegt ist.

Datum, Unterschrift und Firmenstempel des Bieters ✿

Hinweise:

1. Der Bewerber/Bieter versichert mit Hilfe der Erklärungen in den Ziffern 1-6, dass zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe im Sinne der §§ 123, 124 GWB (die Regelungen sind gemäß § 31 Abs. 1 UVgO analog für den Unterschwellenbereich anzuwenden) nicht vorliegen.
2. Auch Unterauftragnehmer (keine Eignungsleihe) der Bieter, deren Angebote in die engere Wahl kommen, werden ggf. vor Zuschlagserteilung auf das Vorliegen der o.a. Ausschlussgründe überprüft (§ 36 Abs. 5 VgV bzw. § 26 Abs. 5 UVgO)
3. Die Stiftung Händel-Haus fordert nach § 19 Abs. 4 MiLoG ab einem Auftragswert von mehr als 30.000 € brutto vor der Zuschlagserteilung von dem Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zwingend einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gemäß § 150a der Gewerbeordnung beim Bundesamt für Justiz an.
4. Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) – als vorläufiger Nachweis der Eignung – wird gemäß Ziffer 3.1. der ABB ausschließlich im supranationalen Bereich akzeptiert.